

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 75 (1992)
Heft: 9

Artikel: Haben die Israelis John F. Kennedy ermordet?
Autor: Odermatt, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-413881>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Haben die Israelis John F. Kennedy ermordet ?

Sechs Wochen vor der Suezkrise, Mitte September 1956, findet es Staatsgründer David Ben Gurion, da es keinen internationalen Protest gegen den Verkauf eines kanadischen Reaktors an Indien gegeben hat, an der Zeit, Frankreich formell um Hilfe beim Bau einer eigenen Bombe zu bitten. Israelische Atomwissenschaftler sind seit 1949 an der Planung und Konstruktion des französischen Versuchsreaktors EL 2 beteiligt. Ben Gurion erwartet von den Franzosen, dass sie sich für geleistete Dienste revanchieren. Er schickt seinen jungen Protégé Shimon Peres und Ernst Bergmann, der als der eigentliche Vater der israelischen Bombe gilt, zur Tagung der französischen Atomenergiekommission nach Paris.

Am 17. September, während eines Abendessens bei Israels Botschafter, gewinnt einer der beiden französischen Gäste den Eindruck, Peres und Bergmann wollten die Bombe, um sie gegen die USA richten zu können, nicht um sie auf dieses Land abzuwerfen, sondern um die Amerikaner mit dem angedrohten Einsatz von Nuklearwaffen zu zwingen, Israel in kritischen Situationen zu helfen.

Der nuklear gestoppte Krieg

Israel hat seinen Suezkrieg mit England und Frankreich geplant. Am 4. November 1956 haben die Israelis die ganze Sinaihalbinsel erobert. Berauscht vom leichten Erfolg, wollen sie gleich den Kanal überqueren und Kairo einnehmen. Weil die UN einen Waffenstillstand fordern, zögern sie. Am Morgen des 6. November landen sie in Port Said. Die Sowjets nehmen ihre Verantwortung wahr. In einem Telegramm an Kriegstreiber Ben Gurion beschuldigen sie Israel, es spiele «verbrecherisch» und unverantwortlich mit dem Frieden und dem Schicksal des eigenen Volkes. Es sät unter den Menschen des Ostens Hass auf den Staat Israel, der sich unweigerlich auf die Zukunft Israels auswirken muss und die Existenz Israels als Staat gefährdet».

Premierminister Nikolai Bulganin droht Ben Gurion in einer zweiten Note mit dem Einsatz sowjetischer «ferngesteuerter Flugkörper» und der Entsendung von Truppen zum «freiwilligen» Einsatz in den Nahen Osten. Grossbritannien und Frankreich, die aufgrund der Vereinbarung mit Israel am 6. November die Schleusen zerbomben und daraufhin den Kanal besetzen sollten, lassen den Aggressor im Stich.

Ben Gurion hat sein Kriegsziel, Gamal Abd el Nasser zu stürzen, nicht erreicht. Er ist wütend auf Präsident Eisenhower. Nie hätte er gedacht, dass der Amerikaner kurz vor den Präsidentschaftswahlen zu Israel auf Distanz gehen würde. Ein früherer israelischer Regierungsbeamter lässt seine damaligen Gefühle wieder aufwallen: «Wenn ihr euch nicht eingemischt hättest, wäre Nasser gestürzt und der Rüstungswettlauf im Nahen Osten gebremst worden. Israel wäre militärisch und technisch führend geblieben. Statt dessen kommt Ike daher, dieser dämliche Golfspieler, und verkündet im Namen der Menschlichkeit und der Unparteilichkeit: *Wir werden nicht zulassen, dass koloniale Mächte ihre*

Interessen durchsetzen. Er begreift nicht, dass Nasser gestärkt und Israels Glaubwürdigkeit ein Schlag versetzt wurde.»

Voller Bitterkeit droht der Israeli, der über das Atomwaffenprogramm seiner Regierung informiert ist: «Wir haben schon verstanden. Wir können uns noch sehr gut an den Gestank von Auschwitz und Treblinka erinnern. Das nächste Mal nehmen wir euch alle mit uns.»

Shimon Peres erzählt einem Biographen, was er von Eisenhower gehalten hat: «... ein Mann mit gesunden Zähnen, schönen Augen und einem warmen Lächeln, der nicht im mindesten wusste, wovon er eigentlich sprach. Und das, was er wusste, konnte er nicht richtig ausdrücken. Er konnte keine zwei zusammenhängenden Sätze sagen. Die einzige Frage, die er beantworten konnte, war *Wie geht's?*» Man beachte, wie sehr die Israelis amerikanische Präsidenten, die ihnen nicht gehorchen wollen, hassen und verachten können!

Ein amerikanischer Militärexperte beantwortet Jahre nach dem zur Suezkrise verkümmerten Suezkrieg eine sich selbst gestellte Frage: «Welche Lehre haben die Vereinigten Staaten aus der Suezkrise gezogen? – Es ist ausserordentlich gefährlich, Israel davon abhalten zu wollen, das zu tun, was es für seine nationale Sicherheit für erforderlich hält.»

Die Wiedergutmachung eines «Fehlers»

Frankreichs Guy Mollet hat Schuld- und Schamgefühle, weil unter dem internationalen Druck die «Verpflichtungen» gegenüber den sozialistischen Freunden in Israel nicht eingehalten werden konnten. Der Kompromiss: Ben Gurion erklärt sich bereit, den Sinai zu räumen und die UN-Friedenstruppen zu akzeptieren, falls ihm Frankreich beim Bau eines Kernreaktors und einer chemischen Wiederaufbereitungsanlage (Gewinnung von Plutonium!) helfen sollte.

1957 strömen Hunderte von französischen Ingenieuren und Technikern in die Negev-Wüste. Sie helfen den Israelis, einen Traum zu verwirklichen. Während die Juden bis heute auf den Felsendom blicken und auf den günstigen Moment lauern, in dem das muslimische Heiligtum, um Platz für das jüdische zu schaffen, gesprengt werden könnte, ist ihnen nicht bewusst, dass sie sich in Palästina längst um den dritten Tempel geschart haben. Er steht in Dimona, er ist aus Beton, und das Allerheiligste befindet sich tief im Erdinnern.

Den Sperberaugen der U-2 – eines der damals supermodernen Aufklärungsflugzeuge haben die Sowjets später über ihrem Territorium abgeschossen – entgeht die Bautätigkeit im Negev nicht. Wie gigantisch die unterirdische Anlage wird, ist aufgrund der abtransportierten Erdmasse ziemlich genau zu errechnen. Trotzdem sehen die Amerikaner tatenlos zu.

1960 sind israelische Wissenschaftler beim ersten französischen Atombombentest dabei. Im gleichen Jahr sickert durch, dass die nukleare Zusammenarbeit

Charles de Gaulle nicht mehr ganz geheuer ist. Zu seiner Beruhigung fliegt Ben Gurion nach Paris. Die beiden Staatsmänner finden sich gegenseitig bewundernswürdig. In seinen Memoiren stellt sich de Gaulle naiv. Er behauptet, «der schändlichen Kollaboration zwischen Tel Aviv und Paris» ein Ende gesetzt zu haben, doch ist er die Erklärung für die Tatsache schuldig geblieben, dass 1962 eine französische Firma die Arbeit in Dimona zu Ende geführt hat und private französische Baufirmen und ihre Angestellten bis 1966 im Tempelbezirk gearbeitet haben.

Der gekaufte Präsident

John F. Kennedy will Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika werden. Er braucht die Stimmen seiner jüdischen Mitbürger und zur Finanzierung seiner Wahlkampagne ihre spendable Unterstützung. Das ist nicht ganz einfach, denn viele Juden halten seinen Vater, Joseph P. Kennedy, für einen Antisemiten. Der Katholik hat sich vor dem Zweiten Weltkrieg als Botschafter in England gegen einen Eintritt der USA in den Krieg mit Deutschland ausgesprochen.

Abraham Ribicoff aus Connecticut, einer von Kennedys Managern beim demokratischen Parteikongress, erinnert sich: «Ich war der einzige Jude, der für ihn war. Und mir war klar, dass die Juden für jeden waren, nur eben nicht für John F. Kennedy. Ich sagte Kennedy, dass ich mich mit Abe Feinberg in Verbindung setzen wolle, weil er meines Erachtens eine Schlüsselstellung unter den Juden hatte. Ich arrangierte in Feinbergs Apartment im Hotel Pierre ein Treffen (mit Kennedy), zu dem wir alle einflussreichen Juden einluden.»

Zwanzig führende Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Finanzwelt erscheinen. Dewey Stone aus Boston kommt gleich zur Sache: «Jack, jeder weiss, was man Ihrem Vater in bezug auf die Juden und Hitler nachsagt. Und jeder weiss, dass der Apfel nicht weit vom Stamm fällt.» Kennedy antwortet schlagfertig: «Wie Sie wissen, gehört auch meine Mutter zu diesem Stamm.» Die Söhne, meint er weiter, sollten nicht für die Sünden ihrer Väter verantwortlich gemacht werden. Die Herren sind zufrieden. 500 000 Dollar machen sie locker. Weitere Spenden stellen sie in Aussicht. Feinberg, der schon für Trumans Wahlkampf das Geld eingetrieben hat, ruft Kennedy an. «Ihm versagte die Stimme. Er war gerührt von Dankbarkeit.»

Am nächsten Morgen zeigt sich Kennedy gegenüber Charles Bartlett, einem befreundeten Kolumnisten, jedoch alles andere als dankbar. Bartlett: «Als amerikanischer Bürger war er darüber empört, dass einige Zionisten zu ihm gekommen waren und gesagt hatten: *Wir wissen, dass Sie Schwierigkeiten mit Ihrem Wahlkampf haben. Wir sind bereit, Ihre Rechnungen zu bezahlen, wenn Sie uns dafür die Kontrolle über Ihre Nahost-Politik überlassen.*» Der Präsidentschaftskandidat habe sich über die Unverfrorenheit geärgert, mit der man an ihn herangetreten sei. Wütend habe er gesagt: «Sie wollen die Kontrolle.» Bartlett zufolge hat Kennedy einen festen Vorsatz gefasst: «Wenn er jemals Präsident werden sollte, wollte er etwas dagegen

unternehmen.» Noch vor Ablauf seines ersten Amtsjahres setzte Kennedy tatsächlich eine Kommission aus Vertretern beider Parteien ein, die Vorschläge zur Erweiterung der «finanziellen Basis unserer Präsidentschaftswahlkämpfe» erarbeiten sollte. Die Initiative war klar gegen Amerikas Juden gerichtet. Kennedy sollte zu früh sterben, die Vorschläge zur Wahlkampffinanzierung sind mit ihm zu Grabe getragen worden.

Die jüdischen Stimmen verhelfen Kennedy zur hauchdünnen Mehrheit von 114 563 Stimmen über Nixon. Zur Begleichung der politischen Schulden nennt er den ehemaligen Wahlkampfhelper Myer (Mike) Feldman, bekannt für sein energisches Eintreten für Israel, zum Sonderbeauftragten für jüdische und israelische Angelegenheiten. Solange nicht bekannt ist, dass Kennedys führende Berater alles tun, um die Informationen über den Nahen Osten an Feldman vorbeizuleiten, sind die Juden zufrieden. In seiner Abwesenheit macht sich der Präsident dauernd über ihn lustig. An einem Samstagmorgen, Zeit für den Gang zur Synagoge, bemerkt er spitz: «Ich stelle mir vor, wie Mike im Kabinettssaal gerade eine Zionistenversammlung abhält.» 1962 wird Feldman ein Besuch in Dimona gestattet. Seither weiss er, was in der Umgebung des Präsidenten nur vermutet wird.

Zwei Themen gibt es, über die sich der Präsident stundenlang verbreiten kann, wenn man sie anspricht: der Goldstandard und die Verhinderung der Proliferation von Atomwaffen. Die israelische Bombe und die Frage, was gegen sie unternommen werden kann, prägen, wie erst dreissig Jahre später bekannt wird, die geheime Tagesordnung im Weissen Haus.

Die Konfrontation

Kennedy schreibt Ben Gurion einen Brief. Er betont, dass die amerikanische Position zur Proliferation von Atomwaffen «in Misskredit gebracht wird, wenn ein Staat wie Israel, der als abhängig von uns gilt, einen eigenen Kurs verfolgt». William R. Crawford – der Direktor für israelische Angelegenheiten hat den Brief aufgesetzt – nennt zwei weitere zentrale Punkte des Schreibens: den Wunsch, Inspektionen durchzuführen, und das Recht, Nasser über die Ergebnisse zu unterrichten, damit er davon überzeugt werden kann, dass Dimona keine Waffenfabrik ist. Ein unabhängiges Expertenteam der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) sollte die Inspektion durchführen.

Nach einer angemessenen Zeit kommt eine ellenlange Antwort Ben Gurions. Crawford: «Man wusste nicht so recht, was er eigentlich meinte. Irgendwie wischte er aus. Kein Wort darüber, ob er den atomaren Weg einschlagen wollte, nur Sätze wie: *Wir sind ein kleines, von Feinden umringtes Land usw.* Möglich, dass er auf einen atomaren Schutzschild anspielte, wenn er Bemerkungen machte wie: *Konnten wir uns auf die Vereinigten Staaten verlassen?*» Für Crawford ist klar, dass Ben Gurion nicht gewillt ist, IAEA-Kontrollen in Dimona zuzulassen.

Israels Bombenprogramm und der Briefwechsel vergiften das Verhältnis zwischen Kennedy und Ben Gurion. Dieser erhält eine Absage, als er um einen

offiziellen Staatsbesuch in Washington nachsucht. Mit Hilfe Abe Feinbergs gelingt es ihm, im Mai 1961 einen Besuch in den USA zu arrangieren. Der Anlass: eine abendliche Feier zu Ehren von Ben Gurion an der Brandeis University unweit von Boston.

Feinberg überredet den Präsidenten zu einem privaten Treffen mit Ben Gurion im New Yorker Waldorf-Astoria. Kennedy, nervös, bittet Feinberg, dem Gespräch beizuwohnen. Der ist aber nur bereit, die beiden Staatsmänner einander vorzustellen. Ben Gurion hat Angst, der anhaltende Druck auf sein Atomwaffenprogramm könnte eskalieren.

Ben Gurion: «Er kam mir wie ein fünfundzwanzigjähriger Junge vor. Ich fragte mich, wie so ein junger Mann hatte zum Präsidenten gewählt werden können. Am Anfang nahm ich ihn nicht ernst.» Der Israeli erinnert sich später, er habe abermals erklärt, Dimona werde einzig zu Forschungszwecken gebaut, und behauptet, Kennedy habe seine Befriedigung darüber zum Ausdruck gebracht, dass zwei amerikanische Physiker, die den Reaktor besichtigen durften, von der friedlichen Nutzung überzeugt seien: «Damit war der Reaktor zumindest fürs erste gerettet.» Kennedy seinerseits bekräftigt seinen Willen, die Beziehungen zu Ägypten zu verbessern.

Als Ben Gurion das Zimmer verlassen will, zieht ihn Kennedy plötzlich wieder ins Zimmer zurück. Er wolle ihm «etwas Wichtiges» sagen. «Ich weiss, dass ich meinen Wahlsieg den Stimmen der amerikanischen Juden verdanke. Sie haben mir zum Amt verholfen. Sagen Sie mir, ob ich irgend etwas für sie tun soll.» Um die Juden in Amerika wollte sich Ben Gurion nicht kümmern. Seine Antwort: «Sie müssen das tun, was gut ist für die freie Welt.»

Der Amerikaner und der Jude haben einen sehr negativen Eindruck aufeinander gemacht. Ben Gurion über Kennedy: «Für mich ist er ein politischer Opportunist.» Abe Feinberg, in dessen Gegenwart sich Ben Gurion ähnlich abschätzig geäussert hat, sagt: «Es ist unmöglich, das Verhältnis zwischen Kennedy und Ben Gurion zu beschreiben, weil es BG unmöglich war, JFK als ebenbürtig zu behandeln. Seine Einstellung war typisch für einen altmodischen Juden. Er respektierte JFK nicht, weil er jung war.» Es habe aber noch einen anderen Grund gegeben: Joseph Kennedy. «BG konnte nachtragend sein, und den alten Mann verabscheute er zutiefst.»

Wenngleich Kennedy Ben Gurion gegenüber so getan hat, als habe er sich überzeugen lassen, Dimona diene nur Forschungszwecken, sieht er die Stabilität im Nahen Osten durch ein atomar bewaffnetes Israel bedroht. Dimona gefährdet auch, und das bedeutet ihm sehr viel, den geplanten Vertrag mit der Sowjetunion über das Verbot von Atomwaffentests in der Atmosphäre. Ben Gurion, der weiterhin alles abstreitet, ist nicht zum Einlenken bereit. In geheimen Schreiben erlaubter sich, den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit «junger Mann» anzureden. Kennedy sagt seinen Mitarbeitern, dass er diese Briefe für beleidigend hält.

Nach dem Fiasko in der Schweinebucht ersetzt der Präsident den CIA-Direktor Allen Dulles durch John

McCone. Er hat die Gelegenheit genutzt, sich gleichzeitig für eine Offensive gegen Ben Gurion zu stärken. Walt Elder, der Assistent, sagt über seinen Chef: «McCone war ein eiserner Verfechter der atomaren Überlegenheit Amerikas, aber zu seiner Dreieinigkeit gehörten auch die katholische Kirche und die Verhinderung der Proliferation. Er war davon überzeugt, dass eine israelische Bombe zu einer Eskalation führen würde und dass wir das Öl aus dem Nahen Osten dann auf Jahre hinaus abschreiben könnten.»

Bei einem ihrer ersten Treffen beklagt sich Kennedy über den letzten Brief Ben Gurions, der die zentrale Forderung des Weissen Hauses nach einer internationalen Inspektion in Dimona wie gewohnt einfach übergeht. Walt Elder zufolge war der Brief «reines Geschwafel». Elder: «Kennedy sprach mit McCone darüber, und McCone sagte: *Schreiben Sie ihm eine scharfe Note. Erwähnen sie unsere internationalen Verpflichtungen und unser Misstrauen gegenüber den Franzosen. Nehmen Sie kein Blatt vor den Mund.*» Der Präsident habe McCones Rat befolgt. Die Antwort habe er als neuerliche Unverschämtheit empfunden. Im Klartext habe Ben Gurion geschrieben: «Schluss jetzt, das geht Sie nichts an.»

Nun will sich McCone selbst um die Angelegenheit kümmern. «Übergeben Sie mir die Sache!» Kennedy willigt ein. Als erstes soll abgeklärt werden, ob es in Dimona eine unterirdische chemische Wiederaufbereitungsanlage gibt. Den CIA-Agenten gelingt es aber nicht, in den Reaktor vorzudringen.

Dimona steht der Annäherung an Ägypten im Weg. Nasser wird versichert, die Kennedy-Administration werde solange Druck ausüben, bis die IAEA die Genehmigung zu Inspektionen erhalten habe. Er werde, falls Israel zustimme, eine Zusammenfassung der Befunde erhalten.

Die dramatische Eskalation

Ben Gurion will keine echten Kontrollen akzeptieren. Über Abe Feinberg lässt er Kennedy eine unmissverständliche Botschaft zukommen: Sollte er weiter auf einer Inspektion in Dimona bestehen, müsse er im Präsidentschaftswahlkampf 1964 damit rechnen, weniger Unterstützung zu bekommen. Die Drohung geht laut Feinberg direkt an Verteidigungsminister McNamara und Paul H. Nitze, den leitenden Mitarbeiter im Verteidigungsministerium. «Ich traf mich mit ihnen und sagte, dass sie ihre Nase aus der Sache heraushalten sollten.»

Feinberg und Ben Gurion können dem anhaltenden Druck des Präsidenten nicht mehr widerstehen, denn wenn Israels Ministerpräsident immer wieder öffentlich bestreitet, dass in Dimona Atomwaffen entwickelt werden, ist nicht einzusehen, weshalb er sich der Inspektion hartnäckig widersetzt.

Leugnen genügt nicht mehr. Ben Gurion versucht, seine Bombe mit einer Finte zu retten. Im Sommer 1962 erklärt er sich bereit, *amerikanische* Kontrolleure die Atomanlage in Dimona inspizieren zu lassen. Eine Abklärung durch die Internationale Atomenergie-Organisation, hat er in seinen Briefen an Kennedy immer

betont, verletze die Souveränität Israels. Sein Zugeständnis kann er somit als Vertrauensbeweis gegenüber den USA hinstellen und verlangt als Entgegenkommen, dass die amerikanischen Kontrolleure, Experten der atomaren Wiederaufbereitung, ihre Besuche lange im voraus anmelden. Unangemeldete Visiten sind nicht erlaubt. Zur Inspektion brauchen die Amerikaner jedesmal die volle Einwilligung Israels.

Die Israelis bauen einen Kontrollraum, der scheinbar einen 24-Megawatt-Reaktor steuert. Die Leistungsfähigkeit des vor den Amerikanern verborgenen Reaktors ist aber viel höher. Der Zutritt zum Reaktorkern wird den Amerikanern «aus Sicherheitsgründen» untersagt. Präsidentenkäufer Abe Feinberg: «Es gehörte zu meinen Aufgaben, ihnen (den Israelis) einen Wink zu geben, dass Kennedy auf einer Inspektion bestand. Also haben wir sie hinters Licht geführt.» Die erste «Inspektion» erfolgt 1962.

Kennedy ist klar, dass Ben Gurion nur mit ihm spielen will, aber mehr ist von diesem Premierminister nicht zu erwarten. Es gibt nur einen Weg, die Gefahr einer zionistischen Bombe zu bannen. Kennedy will Ben Gurion aus dem Amt drängen.

1962, wenige Tage nach Weihnachten, lädt John F. Kennedy die israelische Außenministerin Golda Meir, einevehemente Kritikerin von Bomben-Ben, zu einem vertraulichen Gespräch ein. Sie kommt in sein Haus in Palm Beach, Florida. Im freigegebenen Memorandum über das Treffen sind einige Passagen aus Günden der nationalen Sicherheit gestrichen. Trotzdem wird deutlich, dass Kennedy Golda Meir zu verstehen gegeben hat, er werde eine nukleare Bewaffnung nicht dulden: «Wir erwarten von Israel, dass es in gleicher Weise mit uns kooperiert, wie wir mit Israel kooperieren und dem Land bei der Wahrnehmung seiner Interessen helfen», sagt Kennedy. «Es besteht kein Zweifel daran, dass sich Israel bedroht sieht ... Unsere Haltung in diesen Fragen mag den Eindruck erwecken, als erwarteten wir von Israel, dass es seine Interessen vernachlässigt. Doch wir tun das nicht aus Feindseligkeit gegenüber Israel, sondern um wirkungsvoller zu helfen. Ich denke, es bedarf keiner besonderen Erwähnung, dass die Vereinigten Staaten im Fall einer Invasion zu Hilfe eilen würden. Stark genug sind wir, und wir werden immer stärker.» Mit dieser Sicherheitsgarantie hat Kennedy die innerisraelische Opposition gegen die nukleare Bewaffnung entscheidend gestärkt.

Im April 1963 fliegt Shimon Peres nach Washington. Kennedy stellt ihn zur Rede. Eine israelische Bombe «würde eine gefährliche Situation heraufbeschwören. Aus diesem Grund verfolgen wir aufmerksam Ihre Bemühungen auf diesem Gebiet. Was können Sie mir dazu sagen?» Nur die offizielle israelische Lüge: «Ich kann Ihnen versichern, dass wir in der Region keine Atomwaffen einführen werden. Jedenfalls werden wir nicht die ersten sein, die dies tun. Das liegt nicht in unserem Interesse. Im Gegenteil, wir wollen eine Deeskalation der militärischen Spannungen, ja sogar totale Abrüstung.»

Das Verhältnis zwischen Kennedy und Ben Gurion ist auf dem absoluten Tiefpunkt angelangt. Der Ton der

Korrespondenz wird immer gereizter. Kein einziger Brief ist bis heute freigegeben. Der Physiker Juval Neemann – er arbeitete für den Geheimdienst des Verteidigungsministeriums und schrieb, direkt mit Israels Atomwaffenprogramm befasst, die Repliken seines Chefs – erinnert sich: «Es war kein freundlicher Gedankenaustausch. Kennedy schrieb wie ein ungeborener Flegel. Es war widerlich.»

Ende April 1963 sieht Kennedy eine Gelegenheit, Ben Gurion die offene Verachtung heimzuzahlen. Ägypten, Syrien und der Irak gründen eine Arabische Föderation. Ben Gurion gerät in Panik und schreibt Kennedy einen Brief. «Wenn Sie ein oder zwei Stunden erübrigen könnten, um mit mir die Lage zu erörtern und über mögliche Lösungen zu sprechen, bin ich jederzeit bereit, ohne jedes Aufsehen nach Washington zu fliegen, wann es Ihnen gerade passt.» Gemeinsam sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, schlägt Ben Gurion vor, die territoriale Integrität und Sicherheit aller Staaten im Nahen Osten garantieren. Kennedy brüskiert ihn gleich doppelt. Er lehnt den Besuch ab und äussert Ben Gurions Biographie zufolge «schwere Bedenken» gegen jede gemeinsame Erklärung mit den Sowjets in dieser Frage. Der empfindlich getroffene Premierminister sendet Kennedy fünf Tage später den letzten Brief: «Mr. President, mein Volk hat ein Recht auf seine Existenz ... und diese Existenz ist nun bedroht.» Kennedy kann nicht ahnen, dass er sein Todurteil erhalten hat.

Wenige Tage später, am 16. Juni 1963, tritt Ben Gurion überraschend zurück. Als Begründung gibt er an, er wolle seine Memoiren schreiben.

Die Endlösung

Eine Ermordung macht nur Sinn, wenn der richtige Vizepräsident bereitsteht. Dieser ist mit Lyndon B. Johnson vorhanden. Schon jetzt unterhält er enge Kontakte mit Israel. Zwei seiner engsten Mitarbeiter sind Juden, denen Israels Sicherheit viel bedeutet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Johnson auf einer Inspektionsreise Dachau besucht. Ihr Mann, erzählt seine Frau, sei ganz erschüttert gewesen, voller Abscheu und ungläubigem Entsetzen über das, was er gesehen hatte. «Von etwas zu hören, ist eine Sache, es mit eigenen Augen zu sehen, eine andere.»

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg ist Johnsons Mitgefühl für die verfolgten europäischen Juden erwacht. Den jungen Abgeordneten im Repräsentantenhaus hatten die jüdischen Anhänger seines Wahlbezirks gedrängt, dafür zu sorgen, dass den Flüchtlingen aus Deutschland in Amerika Asyl gewährt würde. Seine Kongressakten bezeugen, dass er zu jenen gehört hat, welche die Abschiebung des berühmten Dirigenten Erich Leinsdorf verhindert haben. Damit hat er die Hochachtung und finanzielle Unterstützung der *texanischen* Juden gewonnen. Daran dürfte auch der Präsidentschaftskandidat John F. Kennedy gedacht haben, als er seinen Stellvertreter wählte. Fünf Wochen nach seiner Amtseinführung weiht Johnson, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, in Austin, *Texas*, die neue Synagoge Agudas Achim ein.

Die Quelle

Fast alle Angaben stammen aus dem Sachbuch «Atom-
macht Israel – Das geheime Vernichtungspotential im
Nahen Osten». Erschienen ist es im selben Verlag wie
«Verschuss-Sache Jesus», Droemer Knaur, und eben-
falls 1991. Der Autor, Seymour M. Hersh, 1937 geboren,
ist Journalist, unter anderem bei der New York Times,
und Buchautor. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen,
darunter 1970 den Pulitzerpreis für seine Reportage
über das My-Lai-Massaker im Vietnamkrieg.

Aus naheliegenden Gründen schreibt Hersh nicht,
die Israelis hätten Kennedy umgebracht. Er wagt sich
aber so dicht an die Mörder heran, dass er seine Annä-
herung erst in dem Augenblick abbricht, wo der Leser
nur noch ein einfaches Sätzchen erwartet: «Die Israelis
haben John F. Kennedy getötet.» Stattdessen hängt er
auf Seite 135 einen Abschnitt an, in dem er Johnson
dafür lobt, «in den ersten Jahren» Kennedys Politik
fortgesetzt und die Israelis gedrängt zu haben, «in
Dimona eine Inspektion der Internationalen Atom-
energie-Organisation (IAEA) zuzulassen».

Wenn Indizien eine gewisse Dichte erreicht haben,
muss Anklage erhoben werden. Diesen kritischen Wert
hat Seymour M. Hersh in seinem Jahrhundertbuch weit
übertroffen. Sollten die Israelis – daran ist aufgrund der
erdrückenden Indizien fast nicht mehr zu zweifeln –
den Mord begangen haben, sind sie gut beraten, ohne
Rücksicht auf die Konsequenzen die Tat zu gestehen.
Vertuschungsmanöver und Folgeverbrechen würden
ihnen selbst am meisten schaden.

Weitere Indizien

Um John F. Kennedy töten zu können, waren die
Israelis auf die logistische Unterstützung durch ihre
Mitjuden in Amerika angewiesen. Deshalb hat ihm das
israelische Killerkommando in Dallas aufgelauert. Nur in
Texas waren die Juden zu finden, die Kennedy
genügend hassten und Johnson genügend mochten, um
für eine Mitwirkung am Verbrechen bereit zu sein.

Der Ablauf des Attentats, generalstabsmäßig ge-
plant, zeugt von einer gegen JFK gerichteten kaltblütigen
Professionalität, zu der damals nebst den Israelis
kaum jemand fähig war. Kennedys Wagen biegt auf die
Todesstrecke ein, unter dem strahlend blauen Himmel
öffnet jemand den Schirm, ein Mann lenkt, kurz bevor
die ersten Schüsse fallen, mit einem epileptischen Anfall
die Aufmerksamkeit auf sich und ist, nachdem er in ein
Spital eingeliefert worden ist, plötzlich spurlos ver-
schwunden, aus verschiedenen Richtungen wird auf
den Präsidenten geschossen, in einem Gebäude findet
die Polizei das zur Entdeckung bereitliegende Gewehr,
in seiner Nähe, in der Nähe eines Telefons, wartet ein
Unbeteiligter vergeblich auf einen Anruf und weiss bei
seiner Verhaftung nicht, was mit ihm gespielt wird.
Aufgrund seines Lebenslaufes soll der Welt vorge-
gaukelt werden, die Russen hätten den Präsidenten der
Vereinigten Staaten auf dem Gewissen. Verdächtigt
werden auch die Mafia, unzufriedene Militärs, die
Rüstungsindustrie.

Die Israelis brauchen nicht zu fürchten, zur Rechen-
schaft gezogen zu werden. Der Weltöffentlichkeit ist

nicht bekannt, welch gefährliche Konfrontation
Kennedy mit ihnen gewagt hat. Und sobald ihnen die
Fahnder auf die Spur kommen, werden die Amerikaner
gezwungen sein, auf eine offizielle Klärung zu verzichten.
Die Folgen wären verheerend. Anfangen würde
alles mit einer amerikanischen Kristallnacht.

Die Konsequenzen der Vertuschung

Die Israelis trösten die Amerikaner. Solange nicht
bekannt ist, geben sie ihren Verbündeten zu verstehen,
wer Kennedy umgebracht hat, ist das Attentat nicht
unbedingt ein Unglück. Das nuklear bewaffnete Israel
ist euer Bollwerk gegen den Kommunismus. Mit ver-
einten Kräften wollen wir die «freie Welt» verteidigen.

Nicht zuletzt, um das Attentat zu vergessen, stürzen
sich die Amerikaner ins Vietnamabenteuer. 1967, in
sechs Tagen, stärkt sich Israel mit einem Blitzkrieg.
Sieger Mosche Dayan veranlasst die Massenproduktion
von Atomwaffen.

Im Nahen und Fernen Osten, stellt sich bald heraus,
haben sich die Amerikaner nur neue Probleme ge-
schaffen. Henry Kissinger wird eingeweihlt, um das
Schlimmste verhüten und einen Ausweg aus der
Sackgasse finden zu können. 1973, im Jom-Kippur-
Krieg, wird Israel überfallen. Am Rande einer Nie-
derlage wendet es sich an Kissinger und droht, seine
Atomwaffen einzusetzen, wenn die USA über eine
Luftbrücke nicht sofort Nachschub liefern. Der ägyptische
Präsident Anwar el Sadat erfährt, dass er sein
Volk beinahe ins Verderben gehetzt hat. Israel hat
bewiesen, wie schnell es bereit ist, Nuklearwaffen
einzusetzen. Die Einsicht, dass es nicht mehr zu verant-
worten ist, die Konflikte im Nahen Osten mit Gewalt
lösen zu wollen, kostet ihn sein Leben.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat Israel seine
strategische Bedeutung verloren. Sein Vernichtungs-
potential ist nun, trügt der Schein, einzig gegen die
Muslime gerichtet, die weniger darauf erpicht wären,
selbst Atomwaffen zu haben, hätten die Israelis ihrer
Bombe zuliebe nicht John F. Kennedy umgebracht.

In ihre Notlage hat die Israelis das faschistische,
antisemitische Europa gebracht. «Das nächste Mal
nehmen wir euch alle mit uns.» Das Bewusstsein, für
den Holocaust Vergeltung üben zu können, heisst in
Zeiten der Bedrägnis für nicht wenige Israelis: Ver-
geltung üben wollen, unbedingt Vergeltung üben. Ihre
Medizimänner werden sie nicht davon abhalten, ganz
und gar nicht, in ihren heiligen Schriften steht nämlich
geschrieben, «Auge um Auge, Zahn um Zahn» sollten
sie sich rächen. Und das nehmen sie wörtlich.

Der Vatikan hat bereits gemerkt, wie gefährlich das
verzweifelte Israel geworden ist. Er zeigt seit einigen
Wochen Sympathie für den bis anhin verschmähten
Judenstaat; man liest gar, die Aufnahme diplomati-
scher Beziehungen stehe bevor.

Israel, durch das Ende des Kalten Krieges und die
deutsche Wiedervereinigung tödlich getroffen, wird
solange existieren, bis es auf die totale Vergeltung
verzichtet hat oder totale Vergeltung geübt hat. Die
eigentliche Ursache ihres Elends ist den Juden bekannt.
Sie hat einen Namen, sie heisst Jesus Christus.

Seit dem Zweiten Weltkrieg, freut sich das Abendland, ist das Christentum klinisch sauber. Die Juden, soweit sie nicht vertilgt werden konnten, sind in Israel ausgelagert oder leben in den USA als eine von vielen ethnischen Minderheiten. Christus ist gewissermassen sterilisiert worden. Vielen erscheint er heute als zu harmlos, um gegen seine Kirchen etwas unternehmen zu wollen. Forderungen wie jene nach der Trennung von Staat und Kirche gelten als Auswuchs von Fanatismus und Intoleranz.

Die Freidenker-Bewegung stösst auf Unverständnis, und manchen Freidenkern ist der freidenkerische Ernst ein wenig abhanden gekommen. Israel macht's möglich. Permanent kann verdrängt werden, in welch gefährlicher psychischer Verfassung die Juden in- und ausserhalb ihres Staates sind. Wie sollen sie jemals über Auschwitz hinwegkommen? Werden die Deutschen die «Endlösung» immer noch bereuen, wenn die Juden auf Vergeltung verzichten? Um diese beiden Fragen nicht beantworten zu müssen, strengen sich die Israelis bis zum äussersten an, ihren Staat zu erhalten. Sobald sie am Ende ihrer Kräfte sind, glauben sie, entscheiden zu dürfen. Die Deutschen haben in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein nicht nur sämtliche moralischen Grenzen gesprengt, sie haben auch neue Dimensionen des Grauens erschlossen. Auschwitz hat eben erst begonnen...

Beruhigen können die Deutschen und Österreicher die Juden wohl nur, wenn sie eine radikale Entchristianisierung einleiten und im Umgang mit einander beweisen, dass ihr Humanismus nicht der listigen Erholung von einer katastrophalen Niederlage dient.

Und die Römer sollten nicht vergessen, dass der Papst sowohl jüdischen als auch muslimischen Unmut auf ihre Stadt lenkt.

Jüdisches Leid lässt viel zu viele Nichtjuden kalt. Es stört nicht nur das Wohlbefinden der Christen. Wer glaubt, der Verfasser dieses Artikels wolle sich an einem Horrorszenario erbauen, leidet, weil in seinem Weltbild die Juden keinen Platz haben, an Realitätsverlust. Er wird überrascht sein, wenn sie, die Osteropfer, demnächst auferstehen.

Blut, Schweiß und Tränen – mehr hat der Sohn Gottes nicht zu bieten.

Roland Odermatt

Ein Gegenwort

Der Leitartikel der «Freidenker»-Ausgabe vom August hat mich schockiert. Schon der Titel «Israel geht unter» ist mir sauer aufgestossen. Der Staat Israel ist weit davon entfernt, einem – dazu noch baldigen – Untergang entgegenzugehen. Dieser Staat verfügt mit seinen Atomwaffen und den USA als Verbündeten über eine uneinnehmbare strategische Position, besonders seit ihm diese Weltmacht zusammen mit ihren UNO-Partnern die tödliche Bedrohung durch seinen Erzfeind Irak vom Hals geschafft hat. (Iran, der zweite ernstzunehmende islamische Gegner Israels, ist bereits früher massiv geschwächt worden, nämlich durch den ersten Golfkrieg, den die Iraquer mit tatkräftiger Unterstützung durch die Westmächte, vor allem durch Frankreich, eröffnet und durchgeführt hatten.) Die rhetorische Frage «Wohin werden die Israelis fliehen?» geht – wie ich das sehe – angesichts der weltpolitischen Realitäten völlig daneben.

Dass das jüdische Volk die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland mit Missbehagen zur Kenntnis nahm, ist angesichts seiner geschichtlichen Erfahrung verständlich. Ich halte es jedoch für unzulässig, die heute lebende Generation der Deutschen mit mosaischer Härte für die Sünden ihrer Väter verantwortlich zu machen. Das deutsche Volk ist in vielfacher Beziehung in sich gegangen. Es hat sich eine Verfassung gegeben, die unseren Staatsrechtler als Vorbild dienen könnte. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Politiker haben sich ihren Nachbarn und der weiteren Staatengemeinschaft gegenüber korrekt verhalten. Sie haben sich auch bemüht, das Verhältnis Deutschlands zum jüdischen Volk und zum Staat Israel auf eine neue, solide Grundlage zu stellen. Und die Nazibrüder, die heute wieder von sich reden machen, sind kaum zahlreicher als unsere Fröntler zur Hitlerzeit, die in den Rechtsradikalen unserer Tage «würdige» Nachfolger gefunden haben. Dem deutschen Volk den dornenvollen Weg in eine gemeinsame Zukunft zu missgönnen, steht uns neutralen (bzw. neutral sein sollenden) Schweizern nicht zu. Vor allem wir Freidenker sollten uns davor hüten, gegenüber anderen Völkern und Nationen negative Werturteile zu verbreiten. Feindbilder zu züchten, ist nicht unsere Sache. Dies gilt auch gegenüber dem im kritisierten Artikel apostrophierten Volk der Polen.

Adolf Bossart, Rapperswil

Muss der Mossad zittern ?

Fast alle bisher geheimgehaltenen Akten über die Ermordung Präsident Kennedys werden aufgrund eines Entscheids des Repräsentantenhauses freigegeben, um Spekulationen ein Ende zu machen. Der Senat hatte bereits ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. (ap, 8. 92)

Veranstaltungen

Basel (Union)

Jeden letzten Freitag im Monat freie Zusammenkunft
im Rest. «Storchen» (1. Stock)
ab 19.00 Uhr (Schiffände)

Jeden zweiten Dienstag im Monat Vorstandssitzung in unserem Lokal um 19.00 Uhr

Samstag, 22. August 92, 14.00 Uhr
Eröffnungsfeier der Bibliothek
mit kleinem Imbiss
Burgunderstr. 8 – 10 (im Hof)

Basel (Vereinigung)

Jeden 1. Freitag im Monat freie Zusammenkunft um 20 Uhr
im Restaurant «Stänzler»
Erasmusplatz (Bus 33)

Freie Zusammenkunft für Senioren
jeden Donnerstag vor dem
«Freitags-Hock» um 15 Uhr im
Restaurant «Stänzler»

Bern

Zum Saisonauftakt
eine Wanderung mit Zvierihöck
am Samstag, 12. September 1992
im Gebiet um Oberbalm (Postauto)
Genaue Daten folgen
mit persönlicher Einladung.

Am Dienstag, 22. September 1992,
um 19.30 Uhr, treffen wir uns
in freier Zusammenkunft
im Freidenkerhaus, Weissensteinstr.
49 B (Tram 5 / Bus 17)

Winterthur

Freie Zusammenkunft
jeden 1. Mittwoch des Monats
um 20 Uhr im Rest. «Wartmann»,
Winterthur, im Sitzungszimmer

Starker Rechtsextremismus in Deutschland

Bonn, 12. Aug. (sda) Die Zahl der Rechtsextremen und deren Gewalttaten haben nach der deutschen Vereinigung drastisch zugenommen. Im neuesten *Verfassungsschutzbericht* sind nach Angaben von Sicherheitsexperten 1991 39 800 Mitglieder rechts-extremer Gruppen registriert. 1990 waren es gut 32 000. Die Zahl der Gewalttaten stieg von 270 auf 1300, darunter drei Tötungsdelikte, 383 Sprengstoff- und Brandanschläge, 449 Körperverletzungen und 648 Sachbeschädigungen. Schwerpunkt sei Westdeutschland, wo rund 70 Prozent der Gewalttaten begangen worden seien. Nach Einschätzung von Verfassungsschützern sind rund 4200 Rechts-extreme gewalttätig oder gewaltbereit.

Der *Linksextremismus*, der nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa und der deutschen Vereinigung deutlich an Anhängern verloren hatte, sei zugleich weiter zurückgegangen. Die Zahl der Anhänger linksextremer Organisationen habe 1991 bei rund 25 000 gelegen.